

DER TAGESSPIEGEL

RRUM COGNOSCERE CAUSAS

26.11.2015 09:01 Uhr

Jugendämter in Berlin

Stadträte schlagen Alarm: Zu wenig Geld für Sozialarbeiter

Von Fatina Keilani

Hip Hop, Trommeln, Boxen, Selbstverteidigung: Mit Jugendarbeit werden Kinder gefördert, um die sich keiner kümmert. Eine Lobby hat sie dennoch kaum.



Aufs Kreuz gelegt. Jugendliche beim Kampfsporttraining im Rahmen eines Jugendhilfeprojekts. Das offene, kostenlose Angebot soll möglichst viele Jugendliche davor bewahren, aus... - FOTO: DORIS SPIEKERMANN-KLAAS

Vier Stadträte aus vier Parteien haben am Mittwoch zusammen mehr Geld für die Kinder-, Jugend- und Familienarbeit gefordert. Die Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne), warf dem Senat vor, eine gesetzlich als Pflicht bestimmte Leistung bloß als freiwillige Leistung anzusehen. Es müsse eine Regelfinanzierung geben. Auch Sabine Smentek (SPD, Mitte) beschrieb die Not in ihrem Bezirk und nannte Zahlen: Seit 2011 sei die Bevölkerung in Mitte um sieben Prozent gestiegen, der Etat für Jugendsozialarbeit aber um 20 Prozent gesunken. Mit zwei neuen Flüchtlingsunterkünften kämen demnächst 300 junge Geflüchtete zusätzlich an, die integriert werden müssten – auch das eine Aufgabe der Jugendsozialarbeit. Das Budget der Berliner Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sei von 91.156.719 Euro im Jahr 2010 auf nur noch 77.225.350 Euro in diesem Jahr gesunken.

Falko Liecke (CDU, Neukölln) verwies auf die Straftaten, die einfach nur passieren, weil Jugendliche sich selbst überlassen blieben. Auch Sozialarbeiter schilderten die Situation drastisch: „Ein Funke genügt für einen Flächenbrand der Gewalt.“ Es sei außerdem viel günstiger, den Jugendlichen jetzt Aufmerksamkeit und Chancen zu geben, als die späteren

gesellschaftlichen Reparaturkosten zu zahlen.

Liecke sagte: "Wir haben in Neukölln viele Brennpunkte. Es ist die Realität, dass Kinder zuhause nichts zu essen bekommen und dass sie auch keine Liebe oder Zuwendung erfahren. Der Vater sitzt oft den ganzen Tag im Teehaus, und die Mutter ist alleine völlig überfordert."

Juliane Witt (Linke, Marzahn-Hellersdorf) kritisierte außerdem, dass es für die so wichtige Aufgabe der Jugendsozialarbeit keine Lobby gebe. Schulen und Kitas müssten nie erklären, warum sie für ihre Aufgaben Geld brauchten, sagte Witt.

Im Sozialgesetzbuch VIII sind Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienbildung in den Paragraphen 11, 13 und 16 geregelt.